**Antrag Nr. 5**

der **AUGE/UG –Alternative, Unabhängige und Grüne Gewerkschafter:innen Wien**
an die 186. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien
am 3. November 2026

# Zukunftsdepot und Gerechtigkeit: Bei denen, die nichts sparen können, wird gespart

Die Bundesregierung plant mit dem sogenannten „Zukunftsdepot“ eine neue Form der steuerlich geförderten Vermögensbildung für Kinder. Nach dem bisher präsentierten Vorschlag sollen Eltern bis zu 5.000 Euro pro Kind und Jahr in ein Depot einzahlen können, dessen Erträge von der Kapitalertragsteuer befreit werden.[1]

Was auf den ersten Blick nach Zukunftsvorsorge und besseren Startchancen für junge Menschen klingt, hat einen grundlegenden Haken:

Die Chancen von Kindern sind bereits heute höchst ungleich verteilt. Das Zukunftsdepot gleicht diese Ungleichheit nicht aus – es droht sie noch weiter zu verstärken.

## Das Geldbörsel der Eltern entscheidet schon heute über Lebenschancen

Ob ein Kind gute Bildungs-, Gesundheits- und Entwicklungschancen hat, hängt auch in Österreich noch immer erheblich davon ab, in welche Familie es geboren wird.

Besonders deutlich zeigt sich das im Bildungssystem. Laut OECD verfügen in Österreich 63 Prozent der 25- bis 34-Jährigen mit zumindest einem tertiär gebildeten Elternteil selbst über einen tertiären Bildungsabschluss. Haben die Eltern dagegen keinen Abschluss der Sekundarstufe II, sind es nur 16 Prozent. Der Bildungsabschluss der Eltern hat in Österreich damit einen besonders starken Einfluss auf die Bildungschancen ihrer Kinder.[3]

Auch Daten der Statistik Austria zeigen, wie stark sich Bildung über Generationen reproduziert: Unter den inländischen Neuzugelassenen an öffentlichen Universitäten hatten im Studienjahr 2023/24 bei 26,1 Prozent beide Eltern einen Hochschul- oder Akademieabschluss. Nur 2 Prozent kamen aus Familien, in denen beide Eltern höchstens einen Pflichtschulabschluss hatten.[4]

Ähnliches zeigt sich bei der Gesundheit. Der österreichische Kinder- und Jugendgesundheitsbericht 2024 der Gesundheit Österreich GmbH hält fest, dass Erkrankungen wie Adipositas und Depression eine starke sozioökonomische Komponente aufweisen und Kinder und Jugendliche aus sozioökonomisch benachteiligten Familien häufiger betroffen sind.[5] Auch die österreichischen Gesundheitsziele nennen Einkommen, Bildung und sozialen Status ausdrücklich als wesentliche Einflussfaktoren auf gesundheitliche Chancengerechtigkeit [6].

**Wer in eine finanziell gut abgesicherte Familie geboren wird, hat also vielfach schon heute einen Startvorteil.**

Mehr Geld in der Familie kann bessere Wohnbedingungen bedeuten, mehr Möglichkeiten für Nachhilfe, Freizeit, Sport und Kultur, weniger finanziellen Stress und bessere Möglichkeiten, Ausbildung und Studium zu unterstützen. Und es bedeutet nicht zuletzt, dass Eltern ihren Kindern beim Start ins Erwachsenenleben finanziell unter die Arme greifen können – etwa bei Studium, Wohnung oder Unternehmensgründung.

Vermögensungleichheit ist daher nicht bloß eine Frage unterschiedlicher Kontostände.

**Vermögensungleichheit bedeutet auch Chancenungleichheit.**

Eine Politik, die Chancengerechtigkeit ernst nimmt, müsste diese unterschiedlichen Ausgangsbedingungen verringern.

Das Zukunftsdepot droht genau das Gegenteil zu tun.

**417 Euro im Monat – pro Kind**

5.000 Euro jährliche Einzahlung entsprechen rund **417 Euro im Monat – für ein Kind**.

Eine Familie mit zwei Kindern müsste somit mehr als **830 Euro jeden Monat** zur Seite legen können, um für beide Kinder den vorgesehenen Höchstbetrag auszuschöpfen.

Für einen großen Teil der Arbeitnehmer:innen ist das völlig unrealistisch.

Das Momentum Institut hat auf Basis von Daten der Statistik Austria untersucht, welche Haushalte überhaupt in der Lage wären, den maximalen Betrag aus ihrem laufenden Einkommen anzusparen. Das Ergebnis: Erst ab dem sechsten Einkommenszehntel können Haushalte im Durchschnitt mehr als 5.000 Euro pro Kopf und Jahr sparen. Das einkommensschwächste Drittel kann im Durchschnitt kaum oder überhaupt nichts zurücklegen. Im Mittel kann damit nur die besserverdienende Hälfte der Familien den maximalen Steuervorteil des Zukunftsdepots ausschöpfen.[1]

Damit entsteht eine bemerkenswerte Form staatlicher „Chancenförderung“:

**Je mehr Geld die Eltern haben, desto mehr können sie für ihr Kind einzahlen – und desto größer wird auch der staatliche Steuervorteil.**

Wer hingegen sein Einkommen für Miete, Lebensmittel, Energie und andere laufende Ausgaben benötigt, kann kein Zukunftsdepot füllen.

Und wer nichts einzahlen kann, hat von einer Steuerbefreiung auf Kapitalerträge auch nichts.

### Aus einem privaten Startvorteil wird ein staatlich geförderter Startvorteil

Genau darin liegt das eigentliche Gerechtigkeitsproblem des Zukunftsdepots.

Ein Kind aus einem finanziell gut abgesicherten Elternhaus hat bereits heute bessere Möglichkeiten. Seine Eltern können Bildung und Ausbildung unterstützen, Freizeitaktivitäten finanzieren und später vielleicht bei Studium, Wohnung oder Unternehmensgründung helfen. Vermögen kann darüber hinaus verschenkt oder vererbt werden.

Mit dem Zukunftsdepot käme ein weiterer Vorteil hinzu: **Der Staat würde diesen bereits bestehenden privaten Vorsprung zusätzlich steuerlich fördern.**

Ein Kind aus einer Familie mit niedrigem Einkommen startet hingegen häufig bereits mit schlechteren materiellen, Bildungs- und Gesundheitschancen. Gerade seine Eltern können aber jene Beträge nicht aufbringen, die notwendig wären, um die Förderung des Zukunftsdepots voll auszuschöpfen.

Das ist eine verkehrte Logik von Chancengerechtigkeit. **Der Staat sollte Nachteile ausgleichen – nicht Vorteile verstärken.**

## 23.700 Euro für die einen – null Euro für die anderen

Nach Angaben des Momentum Instituts ergibt sich aus der vom Bundeskanzler präsentierten Berechnung bei maximaler Einzahlung bis zum 18. Geburtstag eine Steuerbegünstigung von rund **23.700 Euro pro Kind**.

Ein Haushalt, der aufgrund seines Einkommens kein Geld anlegen kann, bekommt aus dieser Steuerbefreiung hingegen: **0 Euro.**[1]

Damit hängt die Höhe einer staatlichen Förderung, die bessere Zukunftschancen ermöglichen soll, ausgerechnet davon ab, wie viel Geld die Eltern bereits heute zur Verfügung haben.

Wer ohnehin Vermögen für seine Kinder aufbauen kann, wird zusätzlich gefördert.

Wer es nicht kann, geht bei dieser Förderung weitgehend leer aus.

Bei denen, die nichts sparen können, wird bei der Förderung gespart.

## Die Junge Wirtschaft will daraus „Gründerkapital“ machen

Aufschlussreich ist in diesem Zusammenhang auch die Reaktion der Jungen Wirtschaft.

Sie begrüßt den Vorstoß zum Zukunftsdepot ausdrücklich und sieht darin eine Möglichkeit, „Gründerkapital“ für die nächste Generation aufzubauen. Die Junge Wirtschaft fordert ein Depot mit mindestens 1.000 Euro Startkapital. Ab dem 18. Lebensjahr soll das Vermögen steuerfrei für Ausbildung oder Unternehmensgründung eingesetzt oder alternativ bis zur Pension steuerbegünstigt weiterveranlagt werden können.[2]

Der Gedanke, jungen Menschen einen finanziellen Grundstock für Ausbildung, Wohnen, Selbstständigkeit oder andere Zukunftspläne mitzugeben, ist grundsätzlich nachvollziehbar.

Die entscheidende Frage lautet aber: **Wenn der Staat jungen Menschen Startkapital zur Verfügung stellen will – warum sollte dessen tatsächliche Höhe davon abhängen, wie viel ihre Eltern verdienen und sparen können?**

Gerade wer von zu Hause kein Vermögen, keine Eigentumswohnung und kein gut gefülltes Depot mitbekommt, braucht Unterstützung beim Start ins Erwachsenenleben.

## Chancengleichheit heißt nicht: Alle dürfen denselben Steuervorteil nutzen

Formale Gleichbehandlung ist noch keine Chancengleichheit.

Eine Steuerbegünstigung allen anzubieten, obwohl ein großer Teil der Bevölkerung mangels verfügbaren Einkommens gar nicht in der Lage ist, sie in relevantem Ausmaß zu nutzen, beseitigt keine Ungleichheit.

Im Gegenteil: **Wenn die Höhe der öffentlichen Förderung mit der finanziellen Leistungsfähigkeit der Eltern steigt, verstärkt der Staat die ohnehin bestehenden unterschiedlichen Startbedingungen.**

Ein gerechtes Modell müsste deshalb die Logik des Zukunftsdepots umdrehen.

Nicht jene Kinder, deren Eltern besonders viel sparen können, sollten den größten öffentlichen Vorteil erhalten. **Jene Kinder, die von zu Hause weniger finanzielle Möglichkeiten mitbekommen, brauchen stärkere öffentliche Unterstützung.**

Wer 5.000 Euro im Jahr für sein Kind anlegen kann, soll das selbstverständlich tun können. Aber warum soll gerade diese hohe private Sparleistung auch noch den höchsten staatlichen Steuervorteil auslösen? Öffentliche Mittel sollten dazu beitragen, gesellschaftliche Unterschiede zu verringern – nicht dazu, sie über Generationen weiterzugeben.

**Die 186. Vollversammlung der Arbeiterkammer Wien möge daher beschließen:**

Die Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien fordert die Bundesregierung auf:

1. das Zukunftsdepot nicht in einer Form umzusetzen, bei der die Höhe der tatsächlich in Anspruch genommenen staatlichen Förderung wesentlich von Einkommen, Vermögen und Sparfähigkeit der Eltern abhängt;

2. bei Maßnahmen zur Vermögensbildung von Kindern und Jugendlichen Chancengerechtigkeit zum zentralen Maßstab zu machen und bestehende Unterschiede bei materiellen, Bildungs- und Gesundheitschancen nicht zusätzlich zu verstärken;

3. für jedes Kind einen substantiellen öffentlich finanzierten Grundstock für den Start ins Erwachsenenleben vorzusehen, der nicht davon abhängt, ob und in welcher Höhe die Eltern eigenes Kapital investieren können;

4. zusätzliche Förderungen sozial zu staffeln und insbesondere Kinder und Jugendliche aus Haushalten mit niedrigen und mittleren Einkommen beim Vermögensaufbau stärker zu unterstützen;

5. Modelle vorzusehen, bei denen insbesondere kleine und mittlere Sparbeträge durch öffentliche Zuschüsse ergänzt werden, anstatt die höchsten privaten Einzahlungen mit den höchsten steuerlichen Vorteilen zu fördern;

6. sicherzustellen, dass die Finanzierung eines solchen Modells nicht durch Kürzungen bei Familien-, Bildungs-, Gesundheits- oder Sozialleistungen erfolgt – also nicht ausgerechnet bei jenen Leistungen gespart wird, die für die Chancengerechtigkeit von Kindern besonders wichtig sind;

7. vor einer gesetzlichen Umsetzung die langfristigen Kosten und Verteilungswirkungen nach Einkommens- und Vermögensgruppen transparent

offenzulegen;

8. Maßnahmen zum Vermögensaufbau junger Menschen in ein umfassendes Konzept für mehr Chancengerechtigkeit einzubetten, dass insbesondere leistbare und hochwertige Bildung, Gesundheit, Wohnen und soziale Absicherung umfasst.

Denn darüber, welche Chancen ein Mensch im Leben hat, darf nicht entscheiden, wie groß das Geldbörsel seiner Eltern ist.

**Wer Zukunftschancen gerechter verteilen will, muss bestehende Nachteile ausgleichen – und darf bestehende Vorteile nicht auch noch staatlich fördern.**

## Quellen:


**[1] Momentum Institut: Barbara Schuster/Oliver Picek: „Zukunftsdepot mit sozialer Schieflage: Nur die besserbezahlte Hälfte der Familien bekäme volle Steuersenkung“, 2. September 2026.** Die Verteilungsanalyse beruht laut Momentum auf Daten der Statistik Austria. Die Summe von 23.700 Euro wird von Momentum als Berechnung des Bundeskanzlers ausgewiesen.

**[2] Junge Wirtschaft/Wirtschaftskammer Österreich: JW-Eugster: Zukunftsdepot schafft Gründerkapital für nächste Generation, aktualisiert 1. September 2026.** Die Forderungen nach mindestens 1.000 Euro Startkapital sowie steuerfreier Verwendung für Ausbildung bzw. Unternehmensgründung stammen von der Jungen Wirtschaft.

**[3] OECD: Education at a Glance 2025 – Austria, 2025**. Für Österreich erreichen 63 Prozent der 25- bis 34-Jährigen mit zumindest einem tertiär gebildeten Elternteil selbst einen tertiären Abschluss; bei Eltern ohne Abschluss der Sekundarstufe II sind es 16 Prozent.

**[4] Statistik Austria: STATjournal Nr. 3/2025, Abschnitt „Vererbte Bildung“.** Unter den inländischen ordentlichen Neuzugelassenen an öffentlichen Universitäten hatten 2023/24 bei 26,1 Prozent beide Eltern einen Hochschul- oder Akademieabschluss; bei 2 Prozent hatten beide Eltern höchstens Pflichtschulabschluss.

**[5] Winkler, Petra; Ecker, Sandra; Delcour, Jennifer; Kern, Daniela; Nowotny, Monika (2024): Gesundheitsbericht Kinder und Jugendliche. Überblick über chronische Krankheiten – Adipositas – Depression. Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz (BMSGPK) (Hg.), Wien** Der Bericht stellt für Adipositas und Depression bei Kindern und Jugendlichen eine starke sozioökonomische Komponente fest und hält fest, dass Kinder und Jugendliche aus sozioökonomisch benachteiligten Familien häufiger betroffen sind.

**[6] Gesundheitsziele Österreich: Gesundheitsziel 2 „Gesundheitliche Chancengerechtigkeit für alle Menschen in Österreich sicherstellen“.** Ziel 2 hält fest, dass Bildung neben Sozialstatus und Einkommen großen Einfluss auf die Gesundheit hat und deshalb faire Ausgangsbedingungen geschaffen werden sollen. Zu den Wirkungszielen zählen, sozialen Aufstieg im Lebensverlauf und über Generationen zu ermöglichen sowie soziale und gesundheitliche Ungleichheiten systematisch zu verringern.

| | | | | |
|---|---|---|---|---|
| Angenommen ☐ | Zuweisung ☐ | Ablehnung ☐ | Einstimmig ☐ | Mehrheitlich ☐ |